

- Feature -

Presstexte Februar bis April 2019

Samstag, 02.02.2019, 9:05 – 9:30 Uhr, „HörStoff“

„Ja, ich bin nur Dichter“

Der Lyriker Johannes Kühn

Von Gabi Heleen Bollinger

Ein Lyriker hat es nicht leicht. Eine Illustration dieser Behauptung ist das Leben des Johannes Kühn aus Hasborn, der älteste von acht Kindern einer Bergmannsfamilie. Als vierzehnjähriger Schüler im Gymnasium der Steyler Missionare in St. Wendel schreibt er erste Gedichte und erntet Spott. Klassenkamerad Benno Rech ist der einzige, der in Freund Johannes damals schon den Dichter erkennt. Im späteren Leben wird er mit seiner Frau Irmgard erfolgreich die Lyrik von Johannes Kühn herausgeben. Doch bis der Freund als poetische Überraschung gefeiert wird, vergehen weitere vierzig Jahre, in denen der Dichter seelischen Verletzungen ausgesetzt ist. Verspottet im Dorf und Gasthaus, verlacht als mittelloser Träumer und Versemacher. Zutiefst gedemütigt stellt Johannes Kühn in den 1980er Jahren das Dichten ein, verliert sich in Schwermut. Doch Benno und Irmgard Rech haben sich den Glauben an seine Dichtkunst stets bewahrt. 1989 erscheint im Carl Hanser Verlag „Ich Winkelgast“, Kühn erhält den Kunstpreis des Saarlandes, wird als Dichter anerkannt, in Deutschland und auch international. Er wird vielfach geehrt, 2004 schließlich mit dem Friedrich-Hölderlin-Preis. Vierundzwanzig Lyrikbände sind inzwischen veröffentlicht, Johannes Kühns Poesie ist in neun Sprachen zu lesen.

(SR)

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

PG Aktuelle Kultur und Information; Thomas Bimesdörfer; Tel.: 0681/602-2154

Samstag, 09.02.2019, 9:05 – 9:30 Uhr, „HörStoff“

Religion 4.0

Kirche und Digitalisierung

Von Michael Reitz

Im kirchlichen Bereich vollzieht sich die Computerisierung eher zögerlich und schleppend: keine oder alte Rechner in Pfarreien und Diakonie, kaum „computerfittes“ Personal. Dabei eröffnet die Digitalisierung den Kirchen viele Möglichkeiten: sie könnte zum Beispiel einen wesentlichen Beitrag bei der Seelsorge oder der Verkündigung leisten. Digitale Formate wie kirchliche Websites und Apps könnten als Informations- und Serviceplattformen genutzt werden. Und: Wie sieht es mit der theologischen und medienethischen Reflexion der Kirchen angesichts der möglichen Gefährdungen durch eine immer weitergehende Digitalisierung aller Lebensbereiche aus?

(SR)

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

PG Kirche, Religion, Gesellschaft; Ursula Thilmany-Johannsen; Tel.: 0681/602-2123

Samstag, 23.02.2019, 17:04 – 18:00 Uhr, „das ARD radiofeature“

Übertherapie am Lebensende

Ein Feature über den Umgang mit Sterbenskranken

Von Martina Keller

Unser Gesundheitssystem ist gut darin Menschen zu retten. Aber schwerkranke Menschen über ihren Zustand aufzuklären und Ihnen Behandlungsalternativen aufzuzeigen, ist oftmals nicht vorgesehen. Viele Sterbenskranke leiden unnötig. So erhalten über zehn Prozent der Krebskranken in Deutschland in den letzten 30 Tagen vor ihrem Tod noch eine aggressive Chemotherapie, die oft mehr schadet als nützt.

Dabei könnte so mancher Krebskranke dank Palliativmedizin besser, manchmal sogar länger leben. Schwer Demenzkranke bekommen noch in der letzten Lebensphase eine Magensonde gelegt, obwohl intensives Füttern ihnen gefährliche und schmerzhaft Komplikationen ersparen würde.

Die Ursachen der Überversorgung von Menschen am Lebensende sind komplex: Manche Ärzte fühlen sich Gesprächen über das Lebensende nicht gewachsen. Andere lassen sich durch falsche finanzielle Anreize zu zweifelhaften Therapien verleiten. So mancher Betreiber einer „Beatmungs-WG“ setzt auf Gewinnoptimierung und lässt die Kranken an der Maschine, weil er gar kein Interesse hat, die Menschen von der Maschine zu entwöhnen, damit sie wieder selbständig atmen. Bei all dem bekommen Patientenverfügungen nicht immer die Beachtung, die ihre Verfasser sich wünschen.

(WDR)

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

PG Politik, Wirtschaft, Umwelt, Soziales; Jochen Marmit; Tel.: 0681/602-2155

Samstag, 30.03.2019, 17:04 – 18:00 Uhr, „das ARD radiofeature“

Dreckschleuder Deutschland

Ein Feature über die Gefährdung unserer Lebensgrundlagen

Von Tom Schimmeck

Wir sind gut, denken wir Deutschen: so grün, sauber und öko! Tatsächlich produzieren wir luxuriöse Feinstaubschleudern und verpesten unsere Luft. Wir trennen den Müll, bevor wir schließlich doch alles zusammen verbrennen. Verseuchen mit Gülle auf den Äckern unser Grundwasser und vergiften mit Pestiziden Flüsse und Bäche. Allein im Bereich Umwelt sind derzeit über ein Dutzend EU-Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland anhängig. Im europäischen Vergleich stehen wir also in der Umsetzung von EU-Umweltrichtlinien viel schlechter da, als wir meinen. Deutsche Regierungspolitiker stellen sich schützend vor die Interessen der heimischen Industrie. EU-Recht wird in vielen Fällen nicht in nationales Recht integriert. Zudem seien Verwaltung und Justiz kaum in der Lage, die schon bestehenden Regeln durchzusetzen.

Wer verpatzt unsere Klima-Bilanz? Welche Kräfte in Berlin und Brüssel blockieren eine vernünftige Umweltpolitik? Wie bremst die konventionelle Landwirtschaft die Agrarwende aus? Es geht um nichts Geringeres als unsere Lebensgrundlagen – unsere Böden, das Wasser, die Luft.

(NDR)

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

PG Politik, Wirtschaft, Umwelt, Soziales; Jochen Marmit; Tel.: 0681/602-2155

Samstag, 13.04.2019, 9:05 – 9:30 Uhr, „HörStoff“

„Mehr als eine Marke der Moderne?!“

Das Bauhaus und sein Profil 100 Jahre nach Gründung

Von Barbara Renno

Wer heute Bauhaus sagt, meint meist die Architektur trister Hochhaussiedlungen oder eckiger, weißer Schachteln für Besserverdiener, eingerichtet mit Design-Klassikern wie Freischwängern oder Glas- und Stahllampen. Nicht wenige sprechen vom Bauhaus-Stil, den Kritiker dämonisieren und Bewunderer heroisieren.

Dabei war das Staatliche Bauhaus, das am 12. April 1919 in Weimar gegründet wurde und aus der Zusammenlegung zweier Bildungseinrichtungen entstanden ist, weniger an Stilbildung interessiert denn an der fundierten Ausbildung künftiger Architekten und Gestalter. Die sollten, den Erfordernissen der Nachkriegsgesellschaft entsprechend, gute Lösungen für das Wohn- und Lebensumfeld einer modernen, demokratischen Gemeinschaft finden.

Schließlich war das Recht auf Wohnen fest in der Weimarer Verfassung verankert. Der soziale Wohnungsbau hat einen Boom wie nie zuvor und danach erlebt.

Was ist von diesen Ideen heute noch gültig und welche Schlüsse ziehen zeitgenössische Architekten, Planer und Gestalter aus den avantgardistischen Ansätzen der Bauhäusler? Ist die Idee des „Social Design“ eine Weiterführung? Und ist überall Bauhaus drin, wo Bauhaus daraufsteht?

(SR)

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

PG Aktuelle Kultur und Information; Thomas Bimesdörfer; Tel.: 0681/602-2154

Karfreitag, 19.04.2019, 11:04 – 12:00 Uhr, „FeatureZeit“

Schwangerschaftsabbruch

Ein Tabu und seine Folgen

Von Gabi Mayr

Knapp 101.000 Frauen haben 2018 in Deutschland einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen lassen. Die Frauen sprechen kaum darüber. Und auch die Ärztinnen und Ärzte, die ihn durchführen, schweigen. Denn Abtreibung ist in Deutschland, anders als in vielen europäischen Ländern, im Strafgesetz geregelt. Das macht den mit am häufigsten durchgeführten gynäkologischen Eingriff zum Tabu.

Seit 1995 gilt ein einheitliches Recht zum Schwangerschaftsabbruch in Ost- und Westdeutschland: Abtreibung ist verboten - nur unter bestimmten Bedingungen bleibt sie straffrei.

Zuvor galt in der DDR seit 1972 eine Fristenregelung, die der Frau die Entscheidung überließ, ob sie eine Schwangerschaft austragen will oder nicht. In Westdeutschland hatte eine jahrzehntelange Auseinandersetzung um den Abbruch getobt.

Zu den strafgesetzlichen Bestimmungen des Schwangerschaftsabbruchs gehört auch das sogenannte Werbeverbot nach §219a. Im November 2017 wurde die Ärztin Kristina Hänel wegen Verstoßes gegen den Paragraphen zu einer Geldstrafe verurteilt. Sie ging an die Öffentlichkeit und, anders als in früheren Fällen, berichteten die Medien.

Seitdem ist Schwangerschaftsabbruch wieder ein Thema in Deutschland. Es wurde bekannt, dass nur zwei Männer Hunderte Anzeigen nach §219a erstattet hatten. Die Zahl der Ärztinnen und Ärzte, die Abbrüche durchführen, sinkt stetig. In manchen Regionen müssen Frauen über hundert Kilometer fahren, um einen Abbruch zu bekommen. Oder sie gehen gleich in ein Nachbarland. Und auch in Großstädten kann es für Frauen schwer sein, einen Abbruch zu erhalten. In der Medizinausbildung wird der häufige Eingriff kaum gelehrt und bei der Forschung wird Deutschland, das in vielen Bereichen Spitzenplätze besetzt, im Fach Gynäkologie abgehängt.

Für das "Tabu Schwangerschaftsabbruch" sorgen vor allem katholische Kirche und selbsternannte Lebensschützer. CDU/CSU und AfD greifen deren Forderungen wohlwollend auf. Auch wenn das Werbeverbot im Frühjahr 2019 innerhalb von §219a neu geregelt worden ist - die Tabuisierung wirkt weiter.

(DLF/SR)

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

PG Politik, Wirtschaft, Umwelt, Soziales; Jochen Marmit; Tel.: 0681/602-2155

Samstag, 20.04.2019, 9:05 – 09:30 Uhr, „HörStoff“

Auf der Suche nach neuen Horizonten
Migranten-Karawanen aus Mittelamerika

Von Andreas Boueke

Als sich Ende vergangenen Jahres große Gruppen von Migranten in Honduras zu Karawanen zusammengeschlossen haben, hat das die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit geweckt. In den USA nahm Präsident Trump die Bilder Hunderter armseliger Mittelamerikaner zum Anlass, vor einer großen Gefahr für sein Land zu warnen. Schon lange ziehen Menschen aus Mittelamerika nach Norden. Neu ist das Phänomen, dass sie sich zu sehr großen Gruppen zusammenschließen, um gemeinsam durch Mexiko zu wandern. Längst haben sich weitere Karawanen aus den Ländern Honduras, El Salvador und Guatemala auf den Weg gemacht. Unterwegs bekommen sie Hilfe von kirchlichen Institutionen.

(SR)

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

PG Kirche, Religion, Gesellschaft; Ursula Thilmany-Johannsen; Tel.: 0681/602-2123

Ostermontag, 22.04.2019, 11:04 – 12:00 Uhr, „FeatureZeit“

Big Data - oder die Vermessung des Individuums

Von Gabriele Knetsch

Bis zum Jahr 2020 sollen in China mehr als 600 Millionen Kameras die Bürger permanent überwachen. Computersysteme, ausgestattet mit künstlicher Intelligenz, werten die Bilder ständig aus, analysieren das Verhalten der Menschen. Besonders beängstigend: Alle Chinesen sollen sich dem System der "sozialen Vertrauenswürdigkeit" unterwerfen. Wer sich etwas zu Schulden kommen lässt, wird in öffentlich zugänglichen Datenbanken an den Pranger gestellt. Was klingt wie eine Idee aus George Orwells "1984", ist in China inzwischen gelebte Realität.

Auf drei Kontinenten geht Feature-Autorin Gabriele Knetsch der Frage nach: Wird diese Dystopie der Big-Data-Überwachung auch bei uns bald Realität? Schauplatz Silicon Valley: Wie viele persönliche Daten Facebook über seine Nutzer sammelt, wissen wir spätestens seit dem Cambridge-Analytica-Skandal. Aber das führt im Silicon Valley nicht zu einem Umdenken - im Gegenteil. Viele Gründer basteln an Big Data Anwendungen, um das nächste Facebook zu werden. Sie entwickeln Sprach-, Gesichtserkennungs- und Übersetzungssoftware - angeblich "im Dienste der Menschheit", dabei können sie auch als Spionagesoftware für Geheimdienste, als Überwachungssoftware eingesetzt werden.

Schauplatz China: Neben der permanenten Überwachung baut die chinesische Führung an einem neuen Kontrollsystem der Bürger. Über ein gigantisches Social Credit System sammelt der Staat Daten von Bürgern, NGOs und Firmen. Jeder bekommt ein Punkte-Konto. Alles, was die Menschen im Alltag tun, kann so vom Staat bewertet, belohnt oder bestraft werden. Bis 2020 will China das System flächendeckend einführen, derzeit wird es in über 40 Pilotprojekten getestet. Bereits jetzt gibt es Schwarze Listen: Fast 10 Millionen Chinesen wurden vom Ticketkauf für Schnellzug oder Flugzeug vorübergehend ausgeschlossen.

Schauplatz Deutschland: Europa gilt weltweit als Region mit hohen Sicherheitsstandards. Doch auch deutsche Strafbehörden greifen immer häufiger auch auf digitale Datenquellen zurück. Neue Polizeigesetze sehen erweiterte Zugriffsrechte auf private Informationen vor. Gesichtserkennung soll im öffentlichen Raum Standard werden. All diese Entwicklungen zeigen: Die Big Data Überwachungsmaschinerie beginnt langsam auch bei uns zu arbeiten.

(BR/WDR)

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

PG Politik, Wirtschaft, Umwelt, Soziales; Jochen Marmit; Tel.: 0681/602-2155

Samstag, 27.04.2019, 17:04 – 18:00 Uhr, „das ARD radiofeature“

Die Vermessung der Psyche

Ein Feature über digitale Therapeuten

Von Sebastian Meissner

Als Facebook 2015 verkündete Selbstmordabsichten mithilfe von künstlicher Intelligenz erkennen zu können, sorgte das weltweit für Schlagzeilen. Glaubt der Algorithmus eine ernstzunehmende Suizidgefahr zu erkennen, schlägt er Alarm und meldet dies einem Facebook-Mitarbeiter. Der kann mit dem Nutzer Kontakt aufnehmen, Freunde und Bekannte informieren oder die örtliche Polizeibehörde einschalten, die den Nutzer besucht. 3500 dieser sogenannten "Wellness-Checks" hat Facebooks Algorithmus 2017 ausgelöst. Wie viele davon ein Fehllarm waren, oder wie viele betroffene Personen womöglich gegen ihren Willen in eine psychiatrische Klinik eingewiesen wurden, verrät Facebook nicht.

Der Einsatz von Künstlicher Intelligenz bei der Behandlung psychischer Krankheiten wird längst auch in Deutschland erforscht. Apps für mentale Fitness und digitale Diagnosetools gibt es bereits. Aber auch Gesichts- und Stimmerkennungstechnologien, die Depressionen und Selbstmordgefährdung vorhersagen, werden in Kürze einsatzbereit sein. Krankenkassen in Deutschland nutzen digitale Therapien bereits als Zusatzangebot. Wird eine App zukünftig den Psychotherapeuten ersetzen?

(WDR)

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

PG Politik, Wirtschaft, Umwelt, Soziales; Jochen Marmit; Tel.: 0681/602-2155

Redaktion Politik, Wirtschaft, Umwelt und Soziales:

Michael Thieser, Tel: 0681/602-3060

Kathrin Aue, Tel.: 0681/602-3062

Jochen Marmit, Tel: 0681/602-2155

Kristina Klöckner (Sekretariat), Tel: 0681/602-3021

Redaktion Aktuelle Kultur und Information:

Thomas Bimesdörfer, Tel: 0681/602-2154

Dagmar Scholle, Tel.: 0681/602-3152

Sabine Schmidt-Matt (Sekretariat), Tel: 0681/602-2163

Redaktion Kirche, Religion, Gesellschaft:

Ursula Thilmany-Johannsen, Tel.: 0681/602-2123

Dagmar Mees (Sekretariat), Tel.: 0681/602-2141

E-Mail: feature@sr.de

Internet: www.sr2.de